

Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Plenarwoche in Straßburg war so intensiv wie jede davor - aber langsam bemerkt man die aufkommende Aufbruchsstimmung. Weniger als drei Monate vor der Europawahl werden Umzugskisten verteilt, Wahlkampagnen geplant und gleichzeitig arbeiten wir alle hart daran, offene Dossiers abzuschließen und jede Sitzung aktiv zu nutzen. Diesen Mittwoch fand beispielsweise die letzte Sitzung der Delegation für die Beziehungen mit Südafrika in dieser Legislaturperiode statt. Als Stellvertretende Vorsitzende wollte ich es mir natürlich nicht nehmen lassen, an dem spannenden Austausch teilzunehmen. Das Land tendiert eher Richtung China und Russland. Bei den Wahlen im Mai werden weitere Weichen gestellt.



Außerdem standen wieder einmal viel zu viele Themen auf der Tagesordnung, über die im Plenum debattiert und abgestimmt wurde. Darunter die Gebäudeeffizienz-Richtlinie, ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz und Euro 7-Standards.

Mir persönlich besonders am Herzen liegt das Thema Spielzeugsicherheit. Für mich ist es absolut inakzeptabel, dass Spielzeug schon seit Jahren die Liste der am häufigsten gemeldeten Produktkategorien im Europäischen Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte anführt. Mit der Abstimmung am Mittwoch haben wir den Grundstein dafür gelegt, ein europaweit einheitlich hohes Sicherheitsniveau für Spielzeug zu festigen. Der neue Vorschlag soll Kinder besser vor gefährlichen chemischen Stoffen schützen und auch die Risiken von vernetztem Spielzeug eindämmen. Allerdings sind auch wir Verbraucher mehr denn je gefragt: Wer leichtfertig Billigstware aus Fernost per Knopfdruck ordert und mehr Verbraucherschutz fordert...

Am Mittwoch wurde im Plenum über Waisenkinder im Ukraine-Krieg debattiert. Fast 20.000 ukrainische Kinder wurden verschleppt! Es ist grauenhaft, was diesen Kindern widerfährt - sie werden ohne Erziehungs- oder Bezugspersonen verschleppt, gezwungen an russische Soldaten zu schreiben, einer paramilitärischen Jugend zugeteilt. Ihre Identität zu zerstören ist Teil der russischen, genozidalen Politik. Die Kinder bekommen einen russischen Pass, eine neue Geburtsurkunde, und jegliche Spur ihrer ukrainischen Herkunft wird ausgelöscht. Es ist Zeit, diesem Grauen ein Ende zu bereiten!

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Milliardengeldbuße gegen Apple

Die EU-Kommission hat am 4. März gemäß Artikel 102 AEUV eine Geldbuße gegen Apple in Höhe von 1,8 Mrd. EUR wegen Missbrauchs einer beherrschenden Marktstellung für den Vertrieb von Apps über den App Store verhängt. Dazu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Ich begrüße die heutige Entscheidung der Kommission. Diese Entscheidung zeigt, dass die Wettbewerbsregeln im breiteren Rahmen der Wettbewerbspolitik immer noch eine wichtige Rolle spielen. Sie ebnet auch de facto den Weg für das Verbot von Anti-Steering-Bestimmungen nach Artikel 5 Absatz 4 des Digital Markets Act (DMA), der ab dem 7. März auf alle Apps, nicht nur Musik-Apps, der Gatekeeper angewendet werden wird. Die ersten Symptome des DMA-Fiebers machen sich bemerkbar."

Hintergrund:

Apple hatte den Entwicklern von Musik-Streaming-Apps Anti-Steering-Verpflichtungen auferlegt und sie so daran gehindert, die Verbraucher darüber zu informieren, wo und wie sie Streaming-Dienste zu niedrigeren Preisen abonnieren können.

Trilogergebnis Einfuhrverbot von Produkten aus Zwangsarbeit

Unterhändler von Europaparlament und EU-Staaten erzielten in der Nacht auf den 5. März eine politische Einigung für ein Einfuhrverbot von Produkten aus Zwangsarbeit. Dazu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Zwangsarbeit ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Produkte aus Zwangsarbeit haben im europäischen Binnenmarkt nichts zu suchen. Unternehmen müssen künftig höchste Vorsicht walten lassen, wenn sie Produkte aus Gebieten mit einem hohen Risiko an Zwangsarbeit wie z.B. aus dem Uigurischen autonomen Gebiet Xinjiang in China importieren.

Wir haben dafür gesorgt, dass der Fokus der zukünftigen Untersuchungen durch die Kommission auch tatsächlich bei den "großen Fischen" liegt und nicht bei Bagatellfällen. Damit das neue System aber auch in der Praxis funktioniert, müssen wir die Kommission mit den nötigen Mitteln ausstatten, um die Hochrisiko-Fälle zu untersuchen. Das gilt gerade in Anbetracht des blockierten europäischen Lieferkettengesetzes, auf welchem die jetzige Verordnung basiert bzw. Bezug nimmt. Wie diese beiden Rechtsakte zukünftig interagieren werden, ist noch nicht abschließend geregelt. Die Kommission wird hier ein funktionierendes und kohärentes Compliance-Regime schaffen müssen. In der nächsten Legislaturperiode sollten alle Berichtspflichten für importierende Unternehmen ohnehin in einem einzigen Formular zusammengefasst werden."

Strategie und Investitionsprogramm zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie

Die EU-Kommission veröffentlichte am 5. März eine Strategie und ein Investitionsprogramm zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie ("European Defence Industrial Strategy" und "European Defence Investment Programme"). Dazu erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Der russische Angriff auf die Ukraine und seine Folgen zeigen uns leider tagtäglich, dass wir unsere Verteidigungsfähigkeit in den letzten Jahren vernachlässigt haben. Das systematische Verfehlen des 2%-Ziels der NATO durch Deutschland und andere Mitgliedstaaten ist dabei symptomatisch. Die heute vorgestellte Initiative der EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung: Rund 80% der europäischen Rüstungsausgaben gehen an Hersteller außerhalb Europas. Zu oft wird Rüstung nur national gedacht, zu viel ungenutztes Potential liegt in gemeinsamer europäischer Beschaffung. Ursula von der Leyen hat es vergangene Woche in Straßburg richtig ausgedrückt: wir müssen im Verteidigungssektor nicht nur mehr Geld ausgeben, sondern dieses besser und europäischer verwenden als bislang. Wir müssen mehr in unsere Sicherheit investieren und dabei gleichzeitig Arbeitsplätze in Europa in diesem Bereich schaffen!"

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Ohne leistungsfähige Rüstungsindustrie gibt es kein wehrhaftes und verteidigungsbereites Europa. Und auch die notwendige Unterstützung der Ukraine stößt sonst an Grenzen. Es ist deshalb folgerichtig, unsere Verteidigungsindustrie strategischer und auch europäischer zu fördern. Die Richtung stimmt, auch wenn es in der Natur der Sache liegt, dass nicht alle Inhalte bei den Mitgliedstaaten Jubelstürme auslösen werden. Mehr Mittel für Verteidigung, mehr Koordinierung untereinander um zielgerichteter zu investieren, ist eine logische Maßgabe.

Bei Investitionen in die Verteidigung sollte man immer auch andere positive Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft nicht außer Acht lassen, die daraus entstehen können. Internet, GPS oder die Mikrowelle waren ursprünglich militärische Entwicklungen. Es geht bei weitem nicht nur um Panzer, Bomben und Munition, auch wenn diese bei den aktuellen Herausforderungen natürlich im Mittelpunkt stehen."

Statement Caspary/Niebler zur Ratsdebatte im Plenum

Zur Plenardebatte am 12. März in Vorbereitung auf den Europäischen Rat am 21. und 22.03. erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Die aktuelle geopolitische Lage zeigt glasklar, dass sich die EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung besser aufstellen muss. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, Putins zunehmende Aggressionen dem Westen gegenüber sowie die Aussicht auf die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus erfordern mehr, nicht weniger, EU-Aktivitäten auf der globalen Bühne. Entscheidend ist der politische Wille der Mitgliedstaaten. Europa braucht dringend eine echte europäische Verteidigungsunion.

Von einem gemeinsamen europäischen Ansatz will man im Kanzleramt leider nichts wissen. Bundeskanzler Scholz hat erst mit seiner Zögerlichkeit bei der Militärhilfe für Kiew und jetzt aufgrund seiner trotzigsten Basta-Politik in der Taurus-Debatte die europäischen Partner vergrätzt und tiefes Misstrauen gesät. Putin reibt sich derweil die Hände angesichts Deutschlands Schwäche. Damit sendet Berlin die völlig falschen Signale an Moskau. Man kann nur hoffen, dass Scholz Deutschland beim Rat in Brüssel nicht weiter isoliert.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, unsere Rüstungsindustrie zu stärken. Wir brauchen gemeinsame Beschaffung und Koordinierung auf europäischer Ebene. Europa muss sich selbst verteidigen können. Investitionen in den Sektor dürfen jedoch nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Unser Hauptanliegen ist es, dass Gelder europäischer und koordinierter als bisher verwendet werden.

Das gilt vor allem für die gemeinsame Beschaffung militärischer Güter. Es kann nicht sein, dass 27 Mitgliedstaaten hier ihr eigenes Süppchen kochen und dadurch viel Geld und Ressourcen verschwenden. Gerade der Ukrainekrieg hat gezeigt, wie wichtig eine gemeinsame Beschaffung für die Ressourcenbündelung innerhalb der EU ist. Eine Pleite wie bei den versprochenen Munitionslieferungen für Kiew, darf sich die EU nicht noch einmal erlauben. Ich erwarte von den EU-Staats- und Regierungschef hier deutlich mehr Koordinierung.“

Trilogeinigung Single European Sky

In der Nacht zum 6. März haben sich die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten auf eine Reform des "Single European Sky" geeinigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

"Europas Luftraum orientiert sich immer noch an nationalen Grenzen. Diese beschränkte nationale Perspektive bedeutet längere Flüge, mehr Verspätungen, zusätzliche Kosten für Passagiere, höhere Emissionen und mehr Umweltverschmutzung. Mit der heutigen Einigung nach über 10 Jahren Stillstand sind wir einem wirklich einheitlichen europäischen Luftraum und einem einheitlichen europäischen Luftmanagementsystem einen entscheidenden Schritt nähergekommen. Leider waren die Mitgliedstaaten nicht bereit, den ganzen Weg zu gehen. Ambitionierte Vorschläge des Parlaments zur Einrichtung eines echten einheitlichen Luftraums, das nicht auf Grenzen, sondern Effizienz basiert, konnten sie nicht mittragen. Diese vertane Chance, müssen sich die Mitgliedsstaaten mit ihren nationalen Bedenken auf die Fahne schreiben. Das nun nach über 10 Jahren überhaupt eine Einigung zustande gekommen ist, ist ein großer Verdienst des Verhandlungswillens des Europäischen Parlaments."

Trilogeinigung Cyber Solidarity Act

In der Nacht zum 6. März haben sich die Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten auf das EU-Cybersolidaritätsgesetz ("Cyber Solidarity Act") geeinigt. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

"Cyberangriffe, insbesondere auf unsere kritische Infrastruktur, können gravierende Auswirkungen haben, wie die Cyberattacke vor wenigen Tagen auf mehr als 100 Krankenhäuser in Rumänien gezeigt hat. Gerade in der aktuellen geopolitischen Lage stellen wir fest, dass die Gefahr von grenzübergreifenden Cyberattacken bereits Realität ist. Unsere heutige Trilogeinigung ist ein weiterer Schritt zu mehr Cybersicherheit in Europa. Es wird europaweit ein neues Cybersicherheits-Warnsystem aufgebaut und eine Cybersicherheitsreserve geschaffen, um das Cybersicherheitsökosystem in Europa zu stärken. Die Cybersicherheitsreserve soll dazu dienen unsere Reaktions- und Abwehrfähigkeit zu erhöhen, wenn wir schwerwiegenden Cyberangriffen und Cyberangriffen großen Ausmaßes ausgesetzt sind und die angegriffenen

Einrichtungen nicht selbst dagegen ankommen. Das neue Cybersicherheits-Warnsystem schafft Anreize für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu Cyberbedrohungen und Cyberattacken und stärkt damit die Resilienz der EU. Wir fördern einen verstärkten Aufbau von mehr Kapazitäten im Cybersicherheitsbereich, ohne bestehende Strukturen zu verkomplizieren.

Insbesondere die neue Cybersicherheitsreserve ist sinnvoll. Diese wird aus Notfallreaktionsdiensten von vertrauenswürdigen privaten Anbietern bestehen, die Mitgliedsstaaten, EU-Institutionen oder Behörden und auch bestimmte Drittstaaten bei schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen und Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes, die sie selbst nicht bewältigen können, um Hilfe bitten. Wichtig war, klare Kriterien festzulegen, die regeln unter welchen Umständen außereuropäische Unternehmen, die auch einen Unternehmenssitz in der EU haben, an der Cybersicherheitsreserve teilnehmen dürfen. Wir haben auch eine nachhaltigere Finanzierung sichergestellt, die anderen wichtigen Prioritäten im Cyber-Bereich wie der Stärkung der Cyber-Skills nicht schadet."

Fristablauf Digital Markets Act (DMA) für Gatekeeper

Am 7. März lief die Frist für die Einhaltung der im Digital Markets Act (DMA) festgelegten Regeln für die Gatekeeper ab. Dazu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den DMA:

"Es ist der Beginn einer neuen Ära in der EU: Leider beginnt sie mit einem ersten Rückschlag. Apple blockiert die Pläne von Epic Games, einen eigenen App-Store auf iOS zu starten. Das ist inakzeptabel, besonders an einem Tag wie heute. Schließlich verpflichtet der DMA Apple dazu, ab heute auch Anwendungen aus anderen Quellen als dem hauseigenen App-Store zuzulassen.

Dank des DMAs werden die digitalen Märkte fairer und umfassender sein, da sie wieder mehr Wettbewerb zulassen müssen. Es ist nun an der Zeit, dass die 6 Gatekeeper das Gesetz ohne jeden Vorbehalt einhalten. Das bedeutet auch, dass die als Gatekeeper bezeichneten Core-Plattform Services nur dann weiter existieren dürfen, wenn sie alle Bedingungen des DMA erfüllen.

Gatekeeper als die größten Wirtschaftsakteure der Welt müssen das Gesetz akzeptieren: Der EuGH hat die Rechtsgrundlage der Verordnung bereits bestätigt. Und das bedeutet nicht nur eine "politische Akzeptanz", sondern auch eine "wirtschaftliche Akzeptanz". Die Gatekeeper müssen vor Gericht die Fairness, Angemessenheit und nicht-diskriminierende Natur (FRAND) ihrer Bedingungen überprüfen lassen - und das ohne wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen wie im Fall von Epic Games und Apple.

Nun ist es an der Kommission, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um sicherzustellen, dass sich alle Akteure an die Regeln halten. Sollte dies nicht der Fall sein, werden unverzüglich strenge Maßnahmen wie strukturelle Abhilfemaßnahmen und das vorübergehende Verbot von Zusammenschlüssen (Artikel 18) zusätzlich zu den herkömmlichen Geldbußen (bis zu 10 % des weltweiten Jahresumsatzes) verhängt.

Von nun an werden wir keine weiteren Hindernisse für einen offenen, fairen und wettbewerbsfähigen digitalen Markt in der EU akzeptieren."

Trilogeinigung Übertragung von Strafsachen

Am Abend des 6. März haben Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten eine politische Einigung zur Verordnung über die Übertragung von Strafsachen erzielt. Dazu erklärt **Karolin Braunsberger-Reinhold (CDU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Drogenhandel und Betrug machen nicht an Landesgrenzen halt. Im Gegenteil, organisierte Verbrecherbanden sind in ganz Europa aktiv. 2019 belief sich der daraus entstandene Schaden auf 139 Milliarden Euro oder ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU. Das heutige Ergebnis ist ein Signal für die verbesserte justizielle Zusammenarbeit in der Europäischen Union und eine klare Ansage gegen grenzübergreifende Kriminalität. Mit der neuen Verordnung füllen wir eine große Lücke, die lange Zeit bestand.

Unsere Strafverfolgungsbehörden geben ihr Bestes, um dieser wachsenden Bedrohung Herr zu werden. Allerdings ist die Justiz am Limit. Im Jahr 2022 gab es 850.000 offene Verfahren in Deutschland, außerdem einen Zuwachs von unerledigten Fällen um 28 Prozent im Vergleich zu 2021. Mit der neuen Verordnung beseitigen wir bestehende Hürden für die EU-weite justizielle Zusammenarbeit und schaffen einen einheitlichen Rahmen für den Austausch von Strafverfahren. In der Vergangenheit gab es hier einen Flickenteppich an Regeln, der ärgerlicherweise für viel Verwirrung und Verzögerungen gesorgt hat. Ich habe mich von Anfang an für einen schlanken Prozess und klare Regeln eingesetzt. Ambitionierte, aber realistische Fristen für die Behörden sollen einen Anreiz zur raschen Bearbeitung setzen. Außerdem sollte auch Eurojust bei Bedarf frühzeitig eingebunden werden.

Ich freue mich, dass vor allem auch die Mitgliedsstaaten diese Linie unterstützt haben. Gemeinsam konnten wir die linke Seite des Hauses in ihre Schranken weisen. Unverhältnismäßige Mitbestimmung, beispielsweise von Verdächtigen und Angeklagten hätten das Instrument in der Praxis komplett unbrauchbar gemacht. Ich bin überzeugt, dass wir durch mehr Effizienz und Eindeutigkeit jetzt schnellere und effizientere grenzübergreifende Strafverfahren in der EU herbeiführen können.“

Hintergrund:

Die mehrfache Verfolgung ein und desselben Falles stellt nicht nur eine Herausforderung für die Koordinierung und Wirksamkeit der Strafverfolgung dar, sondern kann auch zu erheblicher Doppelarbeit führen. Durch wiederholte Verfahren werden vor allem die Rechte und Interessen beteiligter Personen, z. B. in Bezug auf die Freizügigkeit, zunehmend eingeschränkt.

Mit der Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität sieht sich die Strafjustiz in der EU immer häufiger mit Situationen konfrontiert, in denen mehrere Mitgliedstaaten für die Verfolgung ein und desselben Falles zuständig sind. Dies gilt insbesondere für Straftaten durch organisierte Kriminalität z. B. Drogenhandel, Schleuserkriminalität oder Geldwäsche.

Ziel der Verordnung ist es, ein einheitliches Verfahren für die Übertragung von Strafverfahren zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vorzugeben, das es bis dato so nicht gab. Die Mitgliedsstaaten mussten mit einem Flickenteppich an unterschiedlichen Rechtsakten arbeiten. Dieser umständliche Prozess, gepaart mit mangelnder Kommunikation hat in der Vergangenheit oft zu Verzögerungen und Ineffizienz von grenzübergreifenden Strafprozessen geführt.

Verabschiedung Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie

Am 12. März hat das Plenum die Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie verabschiedet. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Es ist ein großer Erfolg, dass wir Zwangssanierungen für Eigenheime, die von Grünen und Sozialdemokraten befürwortet wurden, schlussendlich verhindern konnten. Dennoch ist die Richtlinie zu detailverliebt. Neue Vorgaben für Fahrradstellplätze und Vorverkabelung für Ladesäulen brauchen wir auf europäischer Ebene in diesem Ausmaß nicht. Zudem befürchte ich, dass es immer noch eine faktische Sanierungspflicht für Nicht-Wohngebäude, wie beispielsweise gewerbliche und öffentliche Gebäude, mit der schlechtesten Energieeffizienz gibt. Ich hinterfrage grundsätzlich die Notwendigkeit der Überarbeitung dieser Richtlinie, denn wir haben ja bereits den europäischen Emissionshandel auf Gebäude ausgeweitet, um den Gebäudebestand zu dekarbonisieren."

Markus Pieper (CDU), Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

"Heute hat das Europäische Parlament leider verpasst unnötige Bürokratie zu vermeiden. Die hohe Zahl der Nein-Stimmen zeigt, dass die Kritik an dieser Richtlinie mehr als berechtigt ist. Statt detaillierter Vorgaben für die Gebäudewirtschaft, bedarf es einer Vereinfachung. Die existierenden Mechanismen, wie das europäische Emissionshandelssystem (ETS) und die Energieeffizienzrichtlinie (EED), setzen bereits klare und verbindliche Energieeinsparziele. Würden wir in Brüssel Subsidiarität wirklich ernst nehmen, hätte es diese Richtlinie gar nicht gebraucht."

Maßnahmen zur Stärkung der Spielzeugsicherheit

Das Plenum hat am 13. März Maßnahmen zur Stärkung der Spielzeugsicherheit angenommen. Dazu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das Dossier:

„Kinderzimmer sollen Orte der Freude und Sicherheit sein. Mit der Anpassung der europäischen Spielzeugsicherheitsregeln machen wir einen wichtigen Schritt, um dieses Versprechen einzulösen. Obwohl wir in unserem Binnenmarkt die im weltweiten Vergleich sichersten Spielzeuge haben, war zuletzt jedes fünfte Produkt, das von der EU als gefährlich eingestuft und deshalb aus dem Verkehr gezogen wurde, ein Spielzeug. Die seit 2009 geltende Spielzeugsicherheitsrichtlinie ist in die Jahre gekommen. Mit Blick z. B. auf chemische Risiken oder aber veränderte Vertriebswege musste sie nachgebessert werden.

Die in eine Verordnung umgewandelten Regelungen werden dazu führen, ein einheitlich hohes Sicherheitsniveau in Europa zu erzielen und dazu beitragen, dass unsicheres Spielzeug gar nicht erst auf den Markt gelangt. Bestehende Verbote gefährlicher Chemikalien werden ausgeweitet, etwa auf solche, die sich auf das Hormonsystem von Kindern oder deren Atemwege auswirken. Ebenso wird es der Europäischen Kommission zudem künftig auch schneller möglich sein zu reagieren, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf chemische Stoffe vorliegen. Nicht zuletzt werden Online-Marktplätze verpflichtet, einschlägige Warnungen von nun an gut sichtbar anzuzeigen.

Durch den neu eingeführten digitalen Produktpass werden Verbraucher Zugang zu den für sie relevanten Informationen haben. Gleichzeitig bleiben Geschäftsgeheimnisse durch differenzierte Zugangsrechte gewahrt - ein starkes Zeichen für fairen Wettbewerb und den Wirtschaftsstandort Europa.

Mit der Parlamentsposition haben wir ein starkes Mandat um in den anstehenden Verhandlungen eine zeitgemäße und effektive Spielzeugsicherheits-Verordnung verabschieden zu können. Dadurch wird ein angemessener Schutz für unsere Kinder gewährleistet, ohne unsere Unternehmen, die meisten davon KMU, übermäßig zu belasten."

Annahme des EU-Medienfreiheitsgesetz

Am 13. März hat das Europäische Parlament das europäische Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act, EMFA) verabschiedet. Dazu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie Berichterstatteerin für das Dossier:

„Mit der heutigen Abstimmung hat das Europäische Parlament einen Meilenstein für den Schutz der Medienvielfalt und der Journalistinnen und Journalisten erreicht. Das Gesetz ist zudem ein starkes Signal für die Medienfreiheit und die Demokratie in Europa.

Wir haben sichergestellt, dass die Medienaufsicht politisch unabhängig ist, Transparenz über die Besitzverhältnisse von Medienunternehmen geschaffen wird und Mindeststandards für die freie Arbeit der Journalistinnen und Journalisten sowie den öffentlichen Rundfunk festgelegt werden. Zudem ermöglichen wir Medienanbietern, sich an die europäische Ebene zu wenden, wenn nationale Regulierung ihre Arbeit behindert.

Unabhängige Medien dienen als öffentliche Wächter, sind eine entscheidende Säule der Demokratie und gleichzeitig ein bedeutender Teil unserer Wirtschaft. Der EMFA zielt darauf ab, eine größere Vielfalt, Freiheit und redaktionelle Unabhängigkeit für europäische Medienunternehmen zu schaffen. Angesichts der ernststen Bedrohungen für die Medienfreiheit in mehreren EU-Ländern ist dieses neue Gesetz notwendig, um nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern tatsächlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Der EMFA bildet einen ausgewogenen Rahmen, um die doppelte Rolle der Medien als Wirtschaftsunternehmen einerseits und Hüter der Demokratie andererseits zu schützen. Dazu gehört auch die Einbeziehung großer Online-Plattformen, die als Gatekeeper in unserem digitalen Leben fungieren. Diese hauptsächlich nicht-europäischen Plattformen, haben erhebliche Macht bei der Entscheidung, welche Inhalte uns erreichen. Streng kontrollierte europäische Medieninhalte dürfen nicht willkürlichen Entscheidungen unterliegen. Das Gesetz wird die Medienfreiheit in Europa stärken und einen wichtigen Beitrag zur Demokratie leisten.“

Neue Abgasnorm Euro 7

Das Europäische Parlament hat am 13. März die neue Abgasnorm Euro 7 verabschiedet. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion:

„Wir kämpfen gerade an allen Fronten gegen eine rot-grüne Verbotspolitik. Nach dem Verbrennerverbot forderten Grüne und Sozialdemokraten absurderweise eine strenge Euro 7-Norm für diese Fahrzeuge. Glücklicherweise konnten wir einen vernünftigen Kompromiss gegen diese grüne Ideologie durchsetzen.

Das Ergebnis ist ein Paradebeispiel dafür, wie Umwelt- und Industriepolitik Hand in Hand gehen können: saubere Luft und bezahlbare Mobilität für Bürgerinnen und Bürger müssen nicht im Widerspruch zu pragmatischen und realistischen Lösungen für die Industrie stehen. Ich bin froh, dass sich die neuen Abgasregeln an der wirtschaftlichen Realität orientieren.

Vor allem die Beibehaltung der etablierten Euro 6-Testbedingungen bewahrt Hersteller vor hohen Investitionen in die Weiterentwicklung der auslaufenden Verbrenner-Technologie. Trotzdem erreichen wir insbesondere mit schweren Nutzfahrzeugen wie Lkw oder Bussen eine deutliche Verbesserung der Luftqualität. Zum einen durch strengere Grenzwerte für Stickstoffdioxid. Zum anderen durch die Erfassung deutlich kleinerer Partikel bei Feinstaub.

Außerdem werden Auspuffemissionen durch die zunehmende Marktdurchdringung mit Elektrofahrzeugen in den nächsten Jahren sinken. Stattdessen werden Emissionen aus Brems- und Reifenabrieb den größten Anteil an der Luftverschmutzung darstellen. Hier setzt die neue Euro 7-Norm einen Meilenstein, indem erstmals Grenzwerte für den Abrieb von Bremsen und Reifen festgelegt werden.“

Hintergrund:

Der verabschiedete Text setzt auf eine Beibehaltung der unter Euro 6 bewährten Testverfahren. Für schwere Nutzfahrzeuge wie Lkw oder Busse werden die Grenzwerte verschärft. Dies gilt insbesondere für die Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub. Bei Feinstaub werden künftig deutlich kleinere Partikel erfasst - mit einem Durchmesser von weniger als zehn Nanometern.

Neu ist, dass mit Euro 7 Grenzwerte für den Abrieb von Reifen und Bremsen vorgeschrieben werden. Elektrofahrzeuge müssen dabei strengere Grenzwerte für den Feinstaubabrieb von Bremsen erfüllen als Autos mit Verbrennungsmotor und Hybridfahrzeuge. Es wird zudem Anforderungen an die Haltbarkeit von Batterien für E-Autos geben.

Abstimmungserklärung zur Verordnung über Künstlichen Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) wird unsere Gesellschaft und Wirtschaft maßgeblich verändern. Es ist daher sinnvoll, dass wir uns in der EU Regeln für die Anwendung von KI geben. Vor allen Dingen muss hochriskante KI reguliert werden.

Wir wollen keine Bewertung sozialen Verhaltens (Social Scoring), wie dies zum Beispiel in China erfolgt. Dies muss verboten werden. Wir wollen auch nicht Echtzeitgesichtserkennung überall zulassen, sondern es soll Künstliche Intelligenz nur etwa bei der Suche nach vermissten Kindern, zur Terrorismusbekämpfung und der Aufklärung schwerer Straftaten eingesetzt werden. Zudem müssen Datensätze, mit denen Hochrisiko-KI arbeitet, ausgewogen sein.

Wir müssen die Risiken von KI beherrschen, dürfen andererseits aber auf keinen Fall durch Überregulierung die Chancen und Vorteile von KI verpassen, gerade für unsere innovativen Startups und mittelständischen Unternehmen.

Die KI-Verordnung, die heute verabschiedet wurde, sieht zahlreiche Verpflichtungen für Anbieter sowie Nutzerinnen und Nutzer von KI vor, deren Umfang sich nach dem Grad des Risikos der KI richtet. Für Betreiber von KI-Systemen mit einem minimalen Risiko, wie KI-gestützten Videospielen, entstehen keine Verpflichtungen. Weitreichende Pflichten kommen jedoch für Anbieter und Nutzer hochriskanter KI-Systeme: Im Rahmen eines Qualitäts- und Risikomanagementsystems müssen Anbieter und Nutzer die bekannten und vorhersehbaren Risiken, die von jedem Hochrisiko-KI-System ausgehen, analysieren und dokumentieren. Außerdem müssen die Trainings-, Validierungs- und Testdatensätze für das Trainieren von KI-Systemen relevant, repräsentativ, fehlerfrei und vollständig sein. Anbieter von KI-Systemen müssen Nutzern eine Vielzahl an Informationen bereitstellen, u. a. zur Zweckbestimmung und dem Maß an Genauigkeit, Robustheit sowie Cybersicherheit der KI.

Es wäre meines Erachtens sinnvoller gewesen, mit der Verordnung über Künstliche Intelligenz nur zu regeln, dass es in der EU keine Bewertung sozialen Verhaltens (Social Scoring) wie in China geben wird, wir nicht überall Echtzeitgesichtserkennung zulassen und Datensätze, mit denen Hochrisiko-KI arbeitet, ausgewogen sein müssen. Denn Ziel muss auch sein, unsere KI-Startups in der EU zu halten und im weltweiten Wettbewerb um neue Technologien mithalten zu können. Mit neuer detaillierter Regulierung, wie sie sich nun in der KI-Verordnung findet, belasten wir leider über Gebühr Anwender und Nutzer und riskieren damit, dass Innovationen im Bereich KI außerhalb der Europäischen Union stattfinden.

Aus diesen Gründen habe mich heute bei der Abstimmung über die Verordnung über Künstliche Intelligenz enthalten.

Mein Mittelfranken

Willkommen in Straßburg

Am 28. Februar hat mich in Straßburg die Besuchergruppe meines Parteikollegen, BBV-Bezirkspräsident und CSU-Listenkandidat für die EU-Wahl 2024 Stefan Köhler positiv überrascht. Alles junge Menschen, die auch auf Instagram aktiv sind.

Nach unserem intensiven Gespräch ging es für die Gruppe am Mittag nicht nur auf die Besuchertribüne des EU-Parlaments. Sie nutzten vielmehr die Möglichkeit viele weitere wichtige Kontakte zu knüpfen. Der Austausch mit jungen Menschen ist für mich immer wieder bereichernd, leider kommt dieser oft zu kurz. Jedoch an diesem Tag hatte ich länger Zeit... Schön, dass ihr da wart!



Landfrauentag in Ottensoos

„Wir sind Landfrauen - wir ernähren die Nation“

Mit diesen Worten eröffnete die Kreisbäuerin Marion Fischer am 2. März den Landfrauentag im Nürnberger Land. In ihrer Rede berichtete Marion von ihrem Besuch in Afrika. Der Landesverband des BBV war vor einigen Wochen in Kenia und lernte den (Arbeits-)Alltag der heimischen Frauen kennen.

Als Gastrednerin war unsere bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber eingeladen, die betonte:



„Krisen hat es schon immer gegeben. Aber wir wissen, dass der Zusammenhalt unserer Landwirtschaftsfamilie stark ist. Egal ob bei den friedlichen Bauerndemos oder auf der heutigen Veranstaltung. Alle stehen zueinander, packen an und halten zusammen. Bayern ist ein Land, in dem wir uns von Milch über Fleisch über Getreide selber versorgen können. Aber wir versorgen auch viele andere - ein Landwirt ernährt 143 Menschen. Wahnsinn was unsere Bauern leisten.“ Worte, denen ich mich mit voller Überzeugung anschließen kann!

Abgerundet mit der Vorstellung des Notruftelefons, Auftritten des Landfrauenchors und der Hilaritas Lauf.

Ich habe mich sehr gefreut so viele gute Bekannte und Wegbegleiterinnen getroffen zu haben.

Auf eine gute Ernte

Am Sonntag, den 3. März fand in der St. Willibaldskirche in Büchenbach der Erntebittgottesdienst statt. Zusammen mit Pfarrerin Sandra Schwarz-Biller wurde um Gottes Segen für ein gutes Wachsen und Gedeihen der Gaben gebeten. Auf eine gute Ernte im Sommer und Herbst! Umrahmt wurde der Gottesdienst vom BBV Projekt -Posaunenchor und dem Landfrauenchor Roth.



EPP Congress in Bukarest

Europa-Politik passiert nicht nur in Brüssel oder Straßburg! Auch in Bukarest! Von 5. bis 7. März fand der EPP Congress, der Kongress der europäischen Volkspartei, in Rumänien statt. Wir als EVP-Fraktion und EVP-Parteien haben uns auf die bevorstehende EU-Wahl vorbereitet.

An allen drei Tagen war ich vor Ort und wir haben klar gemacht:

- Wir sind die Partei, die Europa stabil hält!
- Wir haben unsere Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen nominiert
- Wir haben unser Wahlprogramm aufgestellt
- Wir haben Inhalte diskutiert und uns mit Kollegen ausgetauscht

3 Tage voller interessanter Reden, inspirierendem Austausch mit Kollegen und einem Treffen mit dem deutschen Botschafter in Bukarest.

Zusammenfassend haben wir eine Botschaft für ganz Europa: Wir sind Europa, wir halten Europa zusammen.



Was für ein Wiedersehen!

Im Rahmen des EPP Congress in Bukarest am 7. März habe ich den deutschen Botschafter Dr. Peer Gebauer während seines Empfangs getroffen. Zuletzt hatte ich ihn und seine Frau in Bangkok in der dortigen Botschaft gesprochen. Jetzt freut er sich über seine neue Aufgabe und ist immer noch hoch motiviert! Die Bürger und Bürgerinnen in Rumänien sind sehr deutschfreundlich, auch das konnte man während dem Empfang und den Tagen in Bukarest spüren.



Kreisbauerntag in Dachau

Für mich ging es am 8. März nach Oberbayern, genauer gesagt nach Dachau in den Markt Indersdorf. Dort fand der Kreisbauerntag statt. Landwirte und Interessierte folgten der Einladung von Kreisobmann Simon Sedlmair. Zu dem Thema „Landwirtschaft 2035 - Wo führt uns Europa hin“ konnte ich mit den Anwesenden Gedanken austauschen und über die Vision von der landwirtschaftlichen Zukunft sprechen.

Russland und Putin haben uns gezeigt, dass man diese Zukunft schwer voraussehen kann. Aber wir können die Rahmenbedingungen setzen und mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit entwickeln. Ein großer Hemmschuh ist und bleibt die Bürokratie. Für alles braucht es Mehrheiten im Parlament.

Die Europawahl am 9. Juni ist die Chance Parteien in der Mitte zu wählen, um extreme Ansichten und Extreme Parteien zu schwächen.

Wir brauchen unsere Landwirte mehr denn je! Und vor allem junge motivierte Menschen.

Besonderer Höhepunkt war die Ehrung der Meister und Techniker! Herzlichen Glückwunsch auch nochmal von mir! Auf eine erfolgreiche Zukunft in der Landwirtschaft! Danke noch an Bernhard Seidenath, MdL für sein Kommen.

Ortsvorsitzendenkonferenz CSU Mittelfranken

Am 9. März war der Auftakt zum Europawahlkampf 2024 bei uns in Mittelfranken. In den kommenden 90 Tagen werden wir alles für ein hervorragendes Wahlergebnis für die CSU und unsere Bürgerinnen und Bürger geben!

An der Spitze: unser CSU-Kandidat für Mittelfranken Konrad Körner und sein Team.

Verleihung der Europamedaille an Dieter Mäckl

Mit der Europamedaille der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament zeichnen wir seit 1993 Persönlichkeiten aus, die durch ihr außergewöhnliches Wirken zur Europäischen Einigung beitragen.

In einer Zeit, in der die Herausforderungen an unsere Europäische Union enorm und komplexer sind denn je, müssen wir alles dafür tun, dass Europa zusammenhält. Jede und jeder Einzelne ist dabei gefragt, innerhalb der eigenen Möglichkeiten zu wirken. Genau solches Engagement macht den Unterschied aus und kann großes Bewirken.



Daher danke ich der Bürgermeisterin von Neuhof a.d. Zenn, Claudia Wust, die mir eine solche Persönlichkeit empfohlen hat. Am 9. März haben wir daher Kreisheimatpfleger Dieter Mäckl für seinen herausragenden Einsatz für Europa und die Völkerverständigung ausgezeichnet. Seinem großartigen Engagement und der Liebe zu Europa ist es wesentlich zu verdanken, dass sich über viele Jahrzehnte hinweg Schülerinnen und Schüler, aber auch Interessierte aus dem Landkreis Neustadt a.d. Aisch im Rahmen von Klassenfahrten, Exkursionen und Reisen nach Europa aufgemacht haben.

Er hat mehr als nur seinen Dienst als Lehrer erfüllt und somit das Feuer für den Europäischen Gedanken über Generationen weitergegeben. Meinen besten Dank und ein herzliches Vergelt's Gott für diesen herausragenden Einsatz!

Wunderpflanze Raps

Raps - Eine Pflanze für Teller, Trog und Tank!

Eine nachhaltige Landwirtschaft bedeutet unter anderem auch Rohstoffe sparsam zu verwenden und fossile durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen. Die einzige Alternative zu Diesel für leistungsstarke Land- und Forstmaschinen stellen derzeit Biokraftstoffe dar. Aber auch der Einsatz von reinem Rapsöl (Pflanzenöl) als Kraftstoff hat sich bewährt und steht dem Diesel bei Landmaschinen in nichts nach. Die Weichen für die richtigen politischen Rahmenbedingungen müssen gestellt werden. Jetzt!!!

Die Verwendung von Rapsöl reduziert zudem als Kraftstoff in land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen die Treibhausgasemissionen und verkleinert den CO₂-Fußabdruck landwirtschaftlicher Produkte im Vergleich zu Diesel.

Aber es kann nicht nur als Treibstoff verwendet werden. Denn aus Raps entstehen auch eine Vielzahl von Lebensmitteln für Mensch und Tier. Aus 1 Hektar Raps ergibt sich:

- 1,3 Tonnen Rapsöl
- 40 Kilo Honig
- 3,8 Tonnen Korn
- 2,5 t Presskuchen als heimisches Eiweißfutter

Und Rapsöl ist schnell biologisch abbaubar und unschädlich für Boden und Gewässer. Eine richtige Wunderpflanze!

Herzensangelegenheiten

L wie Landwirtschaft

Oder wie Leidenschaft. Oder Lebenseinstellung. Oder Lebensnotwendig. All die Wörter würden das Thema der Online-Reihe „Europa von A - Z“ am gut beschreiben.

Zur anstehenden Europawahl organisiert die Hanns-Seidel-Stiftung eine Online-Reihe in der jeden Donnerstag ein Begriff näher erklärt wird. Am 29. Februar war der Buchstabe L dran.

Via Videochat ging es um die Herausforderungen für die Landwirtschaft:

- Klimawandel - Er verursacht Kosten und Risiken, gleichzeitig sind die Agrar- und Ernährungssysteme entscheidend, um ihn zu bewältigen.
- Ernährungssicherheit - Die verfügbare Ackerfläche pro Mensch sinkt weltweit. Deshalb müssen wir für mehr Menschen auf weniger verfügbarer Fläche ausreichend Nahrungsmittel (ressourcenschonend und nachhaltig) erzeugen.
- Wettbewerbsfähigkeit - Hohe Erzeugerkosten und überbordende Auflagen setzen die deutsche und europäische Landwirtschaft massiv unter Druck.

Während des Vortrags wurden Fragen gesammelt und anschließend zusammen mit dem Moderator besprochen. Der digitale Austausch ist eine wunderbare Ergänzung um sich kennenzulernen und auszutauschen aber natürlich nicht durch persönliche Treffen zu ersetzen. Trotzdem ein wichtiger Baustein, wenn es um Informationen geht.

Tag der gesunden Ernährung am 7. März

Ich will den Anlass nutzen, um auf die EU-Bemühungen für eine ausgewogene Ernährung hinzuweisen. Als Agrar- und Ernährungspolitikerin kämpfe ich in Europa für den Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle Europäerinnen und Europäer.

Die EU investiert in nachhaltige und heimische Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Ernährungsbildung. Die GAP ist dabei ein zentrales Element.



Women, rule your world!

Frauen sind stark, kreativ, selbstständig, klug, erfolgreich, gleichwertig! Und das feiern wir am Weltfrauentag!

2024 steht der Tag unter dem Motto „Inspire Inclusion“, also „Inklusion inspirieren/fördern“. Am 8. März wird dieses Jahr an die Gleichstellung der Geschlechter erinnert, auf Probleme und Ungleichheiten aufmerksam gemacht, aber auch die herausragenden Leistungen von Frauen in verschiedenen Bereichen des Lebens gefeiert.



Anlässlich des Weltfrauentages stelle ich Euch 7 starke, engagierte, erfolgreiche, interessante, kreative Frauen aus Franken vor, die in meinen Augen tolle Arbeit leisten! Denn jede hat es verdient, mal genauer vorgestellt zu werden.

Die Lauferin **Chirstine Platt** hat in den letzten Jahren Tausenden Bedürftigen geholfen. Als Leiterin der Ausgabestelle der Tafel Nürnberger Land ist sie DAS Organisationstalent und arbeitet voller Herzblut für ihr ehrenamtliches Engagement. Herzlich, kreativ und immer ein Lächeln auf den Lippen - so kann man den Sonnenschein gut beschreiben.

Liebe Tine, Danke für deinen unermüdlichen Einsatz für Hilfsuchende und Bedürftige. Du hast ein tolles Team um Dich! Und Du bist ein Vorbild für so viele Frauen!!

Tamara Schwab hat in ihren 31 Jahren schon so viel durchgemacht: 2 Herzstillstände, Operationen und dann nach langer Zeit des Wartens eine Herztransplantation. Die hat ihr Leben gerettet!

Seit der lebensnotwendigen Organspende setzt sich Tamara dafür ein, andere Menschen auf das Thema aufmerksam werden. Zum Beispiel während ihrer Teilnahme am Wettkampf zur Miss Germany. Und ihre Lebenseinstellung und ihr Kampfgeist wird belohnt! Sie konnte den zweiten Platz erlangen und dazu noch ordentlich Werbung für die Organspende machen.

Was für ein Einsatz!! Was für eine Kämpferin! Tamara Schwab - Eine tolle junge, engagierte Frau aus Roth.

Schonmal mit einer Kuh Kaffee getrunken? **Lisa Marie Schübler** kann JA sagen. Die Unterfränkin trainiert seit Jahren Kühe und bringt ihnen Tricks bei. So eben mal zusammen an einem Tisch „sitzen“ und Kaffee trinken.

Lisa Marie tritt mit ihren Kühen auf Veranstaltungen auf und will zeigen: Kühe sind schlaue, neugierige und lernbereite Tiere. Und sie haben ein großes Herz! Auf Instagram versorgt sie Fans und Interessierte mit Bildern und Videos aus ihrem Leben am Hof. Sie zeigt: Landwirtschaft ist nicht langweilig, sondern wahnsinnig vielfältig! Danke, dass du uns den Alltag zwischen Heu machen, Tierliebe und Trainerin näherbringst und mich am 28. Februar in Straßburg mit vielen anderen Influencern besucht hast.

Ausgezeichnet mit der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft! **Marlies Bernreuther** ist eine Power- und Geschäftsfrau aus Mittelfranken.

Bereits als Kind wollte sie den 150-jährige Brauerei-Familienbetrieb übernehmen. Und das ist ihr mit Erfolg gelungen. Auch wenn sie in ihrem Leben bereits viel erlebt hat, Marlies war klar: Wenn ich um das kämpfe was ich will, dann schaffe ich das!

Als Inhaberin und Geschäftsführerin der fränkischen Brauerei Pyraser lebt sie „Frauenpower“. Denn der Frauenanteil bei den Mitarbeitenden liegt bei 37 Prozent - das ist für eine Brauerei hoch und in der Branche unüblich. Eine vorbildliche Einstellung für uns Frauen.

Moderne Landwirtschaft heißt nicht nur die beste Technik auf dem Hof zu haben oder den neuesten Traktor zu fahren. Es bedeutet auch auf den sozialen Medien unterwegs zu sein und den Menschen das Leben und Arbeiten als Landwirt näher zu bringen.

Christina Prögels Instagram-Name @schaeferin_mit_herz verrät schon: Ihr Herz schlägt für Schafe. Mit 18 Jahren hat sie den Hof ihrer Eltern übernommen und versorgt insgesamt um die 600 Tiere. Eigentlich ist sie gelernte Hotelfachfrau, aber die Liebe zu den Tieren und der Landwirtschaft war größer.

Immer wieder zeigt sie uns Ausschnitte aus dem Familienbetrieb und was als junge Landwirtin alles so anfällt. Denn Schafmama ist ein Vollzeitjob! Bei jedem Wetter, Tag und wenn es sein muss auch Nacht kümmert sie sich um ihre Tiere.

Eine richtige Powerfrau, die allen beweist: Egal wie alt man ist, mit Leidenschaft kann man alles wuppen.

„Kultur schafft Miteinander“ - Ein Satz, der von Frau Kultur höchstpersönlich stammt. Von Frau **Prof. Dr. Julia Lehner**. Seit Jahren setzt sie sich als Kulturbürgermeisterin der Stadt Nürnberg für die Kulturlandschaft ein. Und das mit richtig viel Herzblut! Zum Beispiel für die Stadtbibliothek, die Museen oder auch das Planetarium. Für sie hält Kultur Menschen und Generationen zusammen. Denn Kulturpolitik ist immer auch Bildungspolitik und somit Sozialpolitik!

Ein Einsatz für Nürnberg aber auch Mittelfranken, der mit viel Stärke, Ausdauer und Leidenschaft verbunden ist - Danke Frau Prof. Dr. Julia Lehner! Danke dir liebe Julia!

Von der ländlichen Hauswirtschafterin und Metzgermeisterin zum Veranstaltungstalent. **Helga Bock** hat sich in den letzten Jahren auf ihrem Hof in Leinburg etwas Großartiges aufgebaut. Seit 1988 arbeitet sie im elterlichen Betrieb und hat die Eventlocation mit traumhaftem Ambiente aufgebaut. Catering, Partyservice, Hochzeiten, Tagungen, kreative Werkstatt - Der Scherauer Hof hat ein enormes Angebot für Groß und Klein. Wichtig war Helga Bock einen Ort der Begegnung, der Herzlichkeit und des Erlebnisses zu schaffen. Und das ist ihr gelungen! Eine Powerfrau, die sich zusammen mit ihrer Tochter, trotz einiger Stolpersteine, Tolles aufgebaut hat!

Lesenswert

KAS-Monitor Wahl- und Sozialforschung: „Die Stimmung vor der Europawahl 2024“

„Lange waren Europawahlen von nachrangiger Bedeutung. Das ist vorbei. Bereits ein halbes Jahr vor dem nächsten Wahltermin findet sich ein beachtliches Interesse an der Europawahl.“

Die [interessante Umfrage](#) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) beleuchtet die europapolitischen Einstellungen vor der Europawahl 2024.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann, Daniel Schuster

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.